

## **10. Zwischen Mitterrand und Thatcher: Eine westdeutsche liberale Offensive (1981-1984)**

---

Mitterrands Wahlsieg im Mai 1981 gefährdete die Konvergenz der europäischen Wirtschaftspolitik. Die neue französische Regierung stellte nicht nur die Grundsätze der nationalen Politik durch Verstaatlichungen und die Erhöhung der Defizite in Frage, sondern auch die liberale Ausrichtung der EG, zu der Mitterrand vier Jahre zuvor erklärt hatte: »Europa wird sozialistisch oder nicht sein.<sup>1</sup> Für die Bundesrepublik war diese Konfrontation mit dem Interventionismus der französischen Regierung umso entscheidender, als die westdeutsche Wirtschaft allmählich in eine Rezession geriet, die zu Massenarbeitslosigkeit führte. Die westdeutschen Exporte wurden von der Krise, die durch den zweiten Ölpreisschock und den »Volcker-Schock« ausgelöst wurde, besonders hart getroffen. Vor diesem Hintergrund wurde die Festlegung einer europäischen Strategie zur Bewältigung der Krise zu einer zentralen Herausforderung für die westdeutsche Diplomatie. Um diese Strategie auf eine Logik des freien Markts zu lenken, ersuchte die westdeutsche Diplomatie die Unterstützung von Thatchers Regierung. Durch diese Auseinandersetzung mit verschiedenen Visionen des europäischen Projekts beteiligte sich die westdeutsche Europapolitik offensiver an der nachhaltigen Neuausrichtung der nationalen Wirtschaftspolitik auf die Stabilitätspolitik im Rahmen des EWS.

---

<sup>1</sup> Vgl. *Le Monde* vom 4. Mai 1977.

## Die westdeutsche Verantwortung in der französischen Wende der *rigueur*

Die Machtübernahme der sozialistisch-kommunistischen Koalition in Frankreich löste in der Bundesrepublik große Befürchtungen aus. Bereits im Juni 1981 zeichnete jedoch das BMWi ein besonders düsteres Bild der französischen Wirtschaft am Ende der Amtszeit Giscards. Mit einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit wie in der Bundesrepublik – 6,5 % gegenüber 3,4 % – und einer deutlich höheren Inflation – 13,6 % gegenüber 5,5 % – erschien die Lage der französischen Wirtschaft »schlimmer als nach dem Zweiten Weltkrieg«.<sup>2</sup> Diese Verschlechterung wurde hauptsächlich auf die laxen Regierungspolitik und insbesondere auf die ineffizienten staatlichen Subventionen zurückgeführt.<sup>3</sup> Nach Ansicht der Abteilung I lag das Problem der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs sowie Italiens hauptsächlich in den steigenden Arbeitskosten, da die Löhne immer noch an die Preise gebunden waren. Die Lohnindexierung war 1969 in Frankreich wiedereingeführt worden, ausgerechnet als die konzertierte Aktion in der Bundesrepublik die Lohnzurückhaltung langsam wiederherstellte.<sup>4</sup> Dieser grundsätzliche Unterschied erklärte für das BMWi das Scheitern der französischen Inflationsbekämpfung und Konvergenzversprechen, die 1978 als Rechtfertigung für die Schaffung des EWS gemacht worden waren.

Das Wirtschaftsprogramm der neuen französischen Regierungskoalition beunruhigte die Bundesregierung jedoch noch mehr.<sup>5</sup> Das BMWi und die Bundesbank fürchteten vor allem die Auswirkungen der französischen Konjunkturbelebung auf das EWS, dessen Leitkurse bereits am 4. Oktober 1981 mit einer Abwertung des Franc und der Lira um 3 % und einer Aufwertung der DM und des Gulden um 5,5 % neu angepasst werden mussten. Die Industriepolitik beunruhigte auch durch ihren interventionistischen und protektionistischen Charakter. Vor allem aber schien das Verstaatlichungsprogramm die allgemeine wirtschaftliche Ausrichtung der EG in Frage zu stellen. Da die fran-

2 BArch, B 102, 279126, Frankreich nach Giscard und vor Mitterrand – 22. Juni 1981.

3 BArch, B 102, 279124, Besuch des französischen PM Mauroy am 29.1.1982 – 25. Januar 1982.

4 Vgl. Hau, Michel: *France-Allemagne: la difficile convergence*, Bern: Peter Lang 2015, S. 139–145.

5 Vgl. Moss, Bernard: »Socialist Challenge: Class Politics in France«, in: Bernard Moss (Hg.), *Monetary Union in Crisis: The European Union as a Neo-Liberal Constitution*, New York: Palgrave Macmillan 2005, S. 121–144.

zösischen Verstaatlichungen sich nicht vor dem EuGH anfechten ließen, beschlossen das AA und das BMWi über die Kommission Druck auszuüben und die liberalste Linie der französischen Regierung um den Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors zu unterstützen.<sup>6</sup> Das AA befürchtete aber die Folgen dieser Debatte auf die deutsch-französische Achse und war sich sehr wohl bewusst, dass Giscards politisches Scheitern für die französische Öffentlichkeit auch das Scheitern der von der Bundesrepublik unterstützten Anti-inflationspolitik bedeutete. Die Auseinandersetzung mit der neuen französischen Regierung zeichnete sich bereits auf dem Luxemburger Gipfel am 29. und 30. Juni 1981 ab, als Mitterrand sich für einen »europäischen Sozialraum« aussprach und einen gemeinschaftlichen Industrieplan mit einer Konjunkturbelebung vorschlug.<sup>7</sup> Am 13. Oktober 1981 legte der französische Außenminister André Chandernagor seinen Partnern ein Memorandum zur »Revitalisierung« der EG vor, das eine Reflationspolitik durch neue Gemeinschaftsanleihen, Subventionen und protektionistische Handelsmaßnahmen vorsah.<sup>8</sup> Dieser Plan wurde jedoch von allen europäischen Partnern abgelehnt.

Um ihre Politik verfolgen zu können, war die französische Regierung auf die Unterstützung der Bundesrepublik angewiesen. Ihr Problem war eine Frage der Liquidität und nicht der Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung, da diese in Frankreich mit 20 % des BSP niedriger war als in der Bundesrepublik (21,1 %). Der Anstieg des Dollars und der DM zwang die Banque de France jedoch die Zinssätze hoch zu halten, um eine Spekulationswelle gegen den Franc zu verhindern. Die wichtigste Herausforderung für Frankreich bestand daher darin, einen internationalen Aufschwung herbeizurufen. Das EWS hinderte Frankreich außerdem daran, wettbewerbsorientierte Abwertungen in ausreichendem Umfang vorzunehmen, und die französische Regierung musste mit der Bundesrepublik über Paritätsänderungen verhandeln.<sup>9</sup> Dies verschaffte der Bundesregierung einen beachtlichen Handlungsspielraum, um im Gegenzug die Rückkehr zur Stabilitätspolitik zu verlangen.

6 PA-AA, ZA 130.418, Verstaatlichung von Wirtschaftsunternehmen – 17. August 1981.

7 Vgl. Saunier, Georges: »Le gouvernement français et les enjeux économiques européens à l'heure de la rigueur, 1981–1984«, in: Bussière/Dumoulin/Schirrmann, *Milieux économiques* (2007), S. 117.

8 PA-AA, ZA 130.475, *Mémorandum français pour une relance européenne* – o.D.

9 Vgl. Reichart, Alexandre: »French Monetary Policy, 1981–1985: A Constrained Policy Between Volcker Shock, the EMS and Macroeconomic Imbalances«, in: *The Journal of European Economic History* 44 (2015), S. 11–46.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage Anfang 1982 zwang die französische Regierung eine umfassende Abwertung des Franc oder einen Austritt aus dem EWS in Betracht zu ziehen. Um letztere Option unbedingt zu vermeiden, setzte sich Schmidt gegenüber dem Präsidenten der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, für eine weitere Unterstützung des Franc im Gegenzug für eine stärkere Konvergenz ein. Die Bundesbank verlangte daraufhin eine »offensive Taktik«, die »eine gewisse Verschärfung« der Stabilitätspolitik beinhaltete.<sup>10</sup> In den folgenden Monaten machte die Bundesregierung ihre monetäre Unterstützung von einem Lohn- und Preisstopp-Programm abhängig. Die Regierung Mauroy kündigte im Juni einen Stabilisierungsplan an, der eine Abwertung des Franc um 10 % und eine Aufwertung der DM und des Guldens um 4,25 % begleiten sollte. Die Bundesbank gewährte der Banque de France außerdem eine Swap-Linie in Höhe von 2 Milliarden ECU. Einige Monate später kündigte Mauroy das Ende der Lohnindexierung an.

Das deutsch-französische Handelsdefizit erreichte jedoch 13 Milliarden DM, was einem Drittel des französischen Defizits entsprach. Um den Außenhandel wieder ins Gleichgewicht zu bringen, führte die Regierung Mauroy eine Reihe von nichttarifären Handelshindernissen ein. Am 26. November forderte Mitterrand in *Le Monde* ein schützendes Europa, prangerte den »Reptilienprotektionismus« einiger europäischer Partner – allen voran der Bundesrepublik mit ihrem Normensystem – an und wies auf das Risiko eines Auseinanderbrechens des EWS hin.<sup>11</sup> In der Bundesrepublik erschienen die französischen Maßnahmen sowie eine erneute DM-Aufwertung umso inakzeptabler, als das Wirtschaftswachstum Frankreichs (+2,5 %) 1982 das der Bundesrepublik (-0,4 %) deutlich übertreffen sollte. Die Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft machten die Erhöhung der DM, die ursprünglich die Voraussetzung für die Schaffung und das Gleichgewicht des EWS gewesen war, nun nicht mehr tragbar. Lambsdorff wandte sich daher an Thorn, um sicherzustellen, dass die Kommission die französischen Maßnahmen anfechtes.<sup>12</sup> Gegen die Meinung eines Teils seines Kabinetts entschied sich Kohl jedoch dafür, der Politik den Vorzug vor der Wirtschaft zu geben und

<sup>10</sup> PA-AA, ZA 178.868, Brief von Schmidt an Pöhl vom 22. April 1982 und HADB, B330/1336/2, Protokoll der 600. Sitzung des Zentralbankrats am 4. März 1982.

<sup>11</sup> *Le Monde* vom 26. November 1982.

<sup>12</sup> BArch, B 136, 17859, Gespräch zwischen BK und Präsident Mitterrand am 03./04.12.1982 – 29. November 1982.

Mitterrand und den Franc zu unterstützen.<sup>13</sup> Auf französischer Seite bestand das Risiko eines Austritts aus dem EWS darin, eine demütigende Bevormundung durch den IWF zu den Bedingungen der Bundesrepublik und anderer Partner akzeptieren zu müssen, wie es Italien und Großbritannien sechs Jahre zuvor getan hatten. Unter diesen Umständen hielt Mitterrand es für besser, die westdeutschen Bedingungen innerhalb Europas als außerhalb zu akzeptieren.

Die monetären Spannungen nahmen jedoch bereits im Januar 1983 wieder zu. Ein Teil der französischen Regierung forderte eine einseitige Aufwertung der DM, denn es war diese, die gegenüber dem schwachen Dollar an Wert gewann, während der Franc lediglich ein Opfer der EWS-Asymmetrie war.<sup>14</sup> Am 16. März bat Delors um eine Aufwertung der DM von 8 bis 12 %. In einem Brief an Kohl schlug Mitterrand einen Kompromiss zwischen Stabilität und Wachstum vor: eine strengere Antiinflationspolitik in Frankreich und eine weniger strikte Geld- und Haushaltspolitik in der Bundesrepublik.<sup>15</sup> Stoltenberg und Tietmeyer reisten am 17. März nach Paris, wo Delors ihnen mit einem Austritt des Franc aus dem EWS und einer Rückkehr zum Protektionismus drohte.<sup>16</sup> Am 18. März trafen sich Kohl und die westdeutschen Entscheidungsträger in Bonn. Gegen den Rat von Stoltenberg, Tietmeyer und Lambsdorff, die die wirtschaftlichen und politischen Folgen eines Austritts des Franc aus dem EWS unterstrichen, spielte Pöhl diese zwar herunter, betonte aber, dass die Gefahr eines Rückfalls in den Protektionismus bestünde.<sup>17</sup> Kohl sprach sich daher für eine Aufwertung der DM im Gegenzug für eine Anpassung Frankreichs an die Stabilitätspolitik aus. Am 21. März wurde die DM um 5,5 % und der Gulden um 3,5 % aufgewertet, während der Franc und die Lira um 2,5 % abgewertet wurden. Gleichzeitig stimmte die Bundesregierung einem Gemeinschaftsdarlehen in Höhe von 4 Milliarden Francs an Frankreich zu. Indem sie auf diese Weise die Auswirkungen der Asymmetrie des EWS korrigierten, erweckten

13 Vgl. K. Dyson/K. Featherstone: *The Road to Maastricht*, S. 135–137. Siehe auch »Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris – 7. Dezember 1982«, AAPD 1982, Dokument 331.

14 Vgl. Feiertag, Olivier: »La France, le dollar et l'Europe (1981–1989). Aux origines globales de l'euro«, in: *Histoire@politique* 19 (2013), S. 135–137.

15 PA-AA, B2-249, Brief von Mitterrand an Kohl vom 16. März 1983.

16 Vgl. Warlouzet, Laurent: »Le spectre de la crise financière française de 1983. Influences et solidarités européennes«, in: *Vingtième Siècle* 138 (2018), S. 104.

17 PA-AA, ZA/178.875, Währungsfragen mit Frankreich – 18. März 1983.

Kohl und Stoltenberg den Eindruck, das System und damit Europa gerettet zu haben.

Die Gegenleistung für diese Währungshilfe war der von Delors am 25. März angekündigte Haushaltssparplan, der eine Begrenzung der Defizite auf 3 % des BSP und eine Kompression der Binnennachfrage um 2 % vorsah. Zusätzlich wurde eine strenge Devisenkontrolle wiedereingeführt.<sup>18</sup> Dieser Sparplan stieß im BMWi allerdings auf sehr große Skepsis. Die Einsparungen im Haushalt waren zwar willkommen, jedoch behandelte der Delors-Plan eher »Symptome«, da er interventionistische Kontrollmaßnahmen einführte, die keine Antwort auf das strukturelle Problem des Außenhandelsdefizits bzw. der Wettbewerbsfähigkeit boten.<sup>19</sup> Laut dem BMWi hatte Frankreich somit sein Hauptproblem nicht erkannt, nämlich die nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit, die eine vollständige Freigabe der Preise und Löhne sowie eine Verringerung des wirtschaftlichen Gewichts des Staats erforderte. Im Gegenteil drohte das deflationäre Delors-Sparpaket das Land und die gesamte EG in die Rezession zu stürzen. Auf Seiten der Kommission wandte sich Narjès ungehört gegen die französischen Devisenbeschränkungen. Obwohl Kohl Mitterrand offiziell zu den französischen Stabilisierungsbemühungen beglückwünschte, blieben die Wirtschaftskonzepte der beiden Länder trotz des französischen Kurswechsels weiterhin unterschiedlich.<sup>20</sup> Für das BMWi war es daher notwendig, die Verwirklichung des Binnenmarkts zu beschleunigen, um Frankreich und die anderen Partner zu zwingen, mehr Liberalisierung zu akzeptieren.

### **Die Neuausrichtung der westdeutschen Europapolitik: eine »liberale Offensive«**

Mehr als eine Bekehrung der französischen Eliten zum Neoliberalismus sollte die Wende vom März 1983 dazu beitragen, die Frankreich- und Europapolitik der Bundesrepublik auf eine offensivere Logik auszurichten, die von der »ordoliberalen Koalition« seit 1979 gefordert wurde. Die Verbreitung

<sup>18</sup> Vgl. Descamps, Florence/Quennouëlle-Corre, Laure: »Le tournant de mars 1983 a-t-il été libéral?«, in: *Vingtième Siècle* 138 (2018), S. 11–12.

<sup>19</sup> BArch, B 102, 279126, Französische wirtschaftliche Politik – 8. April 1983.

<sup>20</sup> »Bundeskanzler Kohl an Staatspräsident Mitterrand – 21. April 1983«, AAPD 1983, Dokument 110.

der westdeutschen Wirtschaftspolitik innerhalb der EG hatte damals in der Bundesrepublik für Diskussionen gesorgt. Der Direktor der *London School of Economics* und ehemaliger EG-Kommissar, Ralf Dahrendorf, stellte 1981 das Ziel, »das deutsche ordnungspolitische Wertesystem« durchzusetzen, als »das wesentliche Hindernis für Fundamentalfortschritte in der Europäischen Gemeinschaft« dar.<sup>21</sup> Im September 1983 brachte die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag einen Antrag zur Unterstützung des französischen Memorandums für einen »gemeinsamen Raum für Industrie und Forschung« ein und warf der Bundesregierung ihre »dogmatisch-marktwirtschaftlichen Strategien« vor.<sup>22</sup> Das AA befürchtete seinerseits, dass eine zu strikte Verhandlungsposition über eine marktorientierte Politik das Misstrauen gegenüber einer Rückkehr der deutschen Macht schüren würde, und schlug als Kompromiss vor, externe Schutzmaßnahmen anzunehmen, um den EG-Partnern Zeit zur Anpassung zu geben.<sup>23</sup>

Im Gegenteil hielten es das BMWi, das BMF und die Bundesbank für notwendig, die Konfrontation der Vorstellungen zu akzeptieren – wie es auch Frankreich nicht scheute. Diese Konfrontation sollte die Gelegenheit bieten die europäische Wirtschaftsdebatte zwischen den Ländern, die den freien Markt befürworteten (Bundesrepublik, Großbritannien, Niederlande, Dänemark), und den Ländern mit einer eher etatistischen Tradition (Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland), endgültig zu entscheiden.<sup>24</sup> Daher war es strategisch notwendig, die Überzeugungsarbeit auf europäischer Ebene zu intensivieren, was insbesondere durch die Abkehr von den deutschen Konzepten der Ordnungspolitik und die Hinwendung zu internationaleren, von der OECD und dem IWF stammenden Konzepten wie »Flexibilität«, »De-regulierung« und »Anpassungspolitik« gelingen sollte. Schließlich sollte die Bundesregierung aufhören, finanzielle und monetäre Opfer im Gegenzug für eine Liberalisierung, die allen Mitgliedsländern zugutekam, zu bringen. Diese Neuausrichtung brach mit der defensiven Politik, die durch Schmidts »große Strategie« eingeleitet worden war. Otto Schlecht definierte eine als »offensiv«

21 Europa-Archiv 24 (1981), S. 741.

22 BArch, B 102, 3013780, Antrag der Abg. Steger, Roth und Catenhusen u.a. und der Fraktion der SPD – 11. September 1984.

23 BArch, B 102, 3013780, Fortentwicklung der EG auf dem Gebiet der »Neuen Politiken« – 10. August 1984.

24 BArch, B 102, 3013429, Vermerk von Zeppernick: »Brief von Ruhfus an Schlecht vom 14.9.1984« – 27. September 1984.

konzipierte Doppelstrategie für die europäische Wirtschaftspolitik: Langfristig sollte sie sich bemühen, die Ordnungspolitik unter den europäischen Partnern zu verbreiten; kurzfristig sollte sie Kompromisse wie begrenzte Industrieprogramme (ESPRIT) akzeptieren.<sup>25</sup> Das Ziel, ein liberaleres Modell durchzusetzen, hatte laut Schlecht nichts mit dem Wunsch zu tun, Europa zu dominieren, sondern ergab sich einfach aus der besonderen Verwundbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft, die stark von der Öffnung des Weltmarkts abhängig war. Auch für Tietmeyer war die Zeit der grundsätzlichen Kompromisse vorbei.<sup>26</sup> Die beiden Hauptinspiratoren der westdeutschen *Wende* spielten somit eine Schlüsselrolle bei der Kritik an der Kompromisslogik und bei der Neuorientierung hin zu einer »offensiveren« westdeutschen Europapolitik ab 1983.

### **Die gescheiterte Allianz mit Thatcher: Missverständnisse und Enttäuschungen**

Diese »liberale Offensive« innerhalb der EG hätte sich auf einen wichtigen Verbündeten stützen können: das Großbritannien von Margaret Thatcher. Der neue Kurs der britischen Regierung ab 1979 verschob das politische Gleichgewicht zwischen den EG-Mitgliedstaaten zugunsten des freien Markts.<sup>27</sup> Bereits bei den ersten deutsch-britischen Treffen im Mai und Oktober 1979 zeichneten sich Übereinstimmungen in Bezug auf die Industriepolitik, den Kampf gegen Subventionen, die Kürzung der GAP-Beihilfen und die Öffnung des Handels gegenüber Drittländern ab.<sup>28</sup> In seinem Widerstand gegen Mitterands Vorstellungen sowie den belgischen Interventionismus und die zentralistischen Tendenzen der EG-Kommission konnte Lambsdorff auf die Unterstützung des Schatzkanzlers Jeffrey Howe und des neoliberalen Industrieministers Keith Joseph zählen. Vor allem aber machte auch die neue britische Regierung den Aufbau des Binnenmarkts zur obersten Priorität.<sup>29</sup> Diese anfänglich guten Beziehungen führten zur Gründung eines deutsch-

25 BArch, B 102, 3013429, Brief von Schlecht an Rufhus vom 2. November 1984.

26 BArch, B 102, 3013429, Brief von Tietmeyer an Schlecht vom 15. Januar 1985.

27 Vgl. M. Haeussler: British-German Relations, S. 149–207.

28 PA-AA, ZA 115.968, Plenarsitzung bei den deutsch-britischen Konsultationen am 31. Oktober 1979 – 5. November 1979.

29 PA-AA, ZA 130.483, Besuch M. Lackey bei Herrn Dg 41 am 17.01.1983 – 18. Januar 1983.

britischen Wirtschaftsausschusses nach dem Vorbild der deutsch-französischen Konsultationen. Die Franzosen und ein Teil der westdeutschen Presse zeigten sich im Herbst 1981 besorgt über diese »*Entente cordiale*« zwischen den beiden Hochburgen des europäischen Neoliberalismus.

Trotz dieser Annäherung führte die Lage der britischen Wirtschaft dazu, dass Thatchers Regierung bei der Liberalisierung der EG sehr vorsichtig war. Bereits 1979 hatte Howe gegenüber Lambsdorff klargestellt, dass die Umstrukturierung der britischen Industrie die Beibehaltung bestimmter Schutzmaßnahmen gegenüber der amerikanischen Konkurrenz und Subventionen in der Stahl- und Textilindustrie erfordere. Im April 1981 beschwerte sich Schmidt bei John Taylor, dem britischen Botschafter in Bonn, über die »egoistischen Tendenzen« mit denen Großbritannien die Regeln der Gemeinschaft umgehen würde.<sup>30</sup> Darüber hinaus gerieten die deutsch-britischen Verhandlungen bei der Frage des britischen Rabatts auf den EG-Haushalt schnell ins Stocken. Schließlich war die britische Regierung besorgt über die rasche Verschlechterung der Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern, nachdem sich die westdeutschen Exporte nach Großbritannien zwischen 1975 und 1983 verdreifacht hatten.<sup>31</sup>

Insgesamt waren die deutsch-britischen Beziehungen von hohen Erwartungen, Missverständnissen und Enttäuschungen geprägt. Angesichts der fehlenden Vorbildfunktion ihres Partners stellte die Bundesregierung fest, dass sich das liberale Engagement von Thatcher und ihrem Kabinett außerhalb Großbritanniens oftmals in einen bloßen Wirtschaftsnationalismus verwandelte. Das westdeutsche Bild der Premierministerin war weniger das einer Verfechterin des Liberalismus als vielmehr das eines »britischen de Gaulle«.<sup>32</sup> Weit mehr als durch die theoretischen Diskrepanzen zwischen den Zweigen des Neoliberalismus unterschieden sich die Positionen der Bundesrepublik und Großbritanniens in den 1980er Jahren durch das unerschütterliche Festhalten an der weltweiten wirtschaftlichen Integration, das die westdeutsche Wirtschaftspolitik seit den 1950er Jahren kennzeichnete.

30 PA-AA, ZA 119.480, Gespräch des BK mit Taylor am 7. April 1981 – 13. April 1981.

31 PA-AA, ZA 135.278, Aussage von Kohl über das deutsch-britische Verhältnis bei den deutsch-britischen Gipfelkonsultationen am 29. Oktober 1982 – o.D.

32 PA-AA, ZA 135.425, Ansehen und außenpolitischen Einfluss der britischen PM Thatcher – 1. September 1987.

## Industriestrategie in Krisenzeiten: die Niederlage des Interventionismus

Angesichts der verschiedenen Krisen in der europäischen Industrie (Stahl, Textil, Schiffbau) versuchte die Bundesregierung eine Rückkehr des Protektionismus zu verhindern. Die Krise der Stahlbranche, in der zwischen 1974 und 1984 44 % der Arbeitsplätze verloren gingen, rechtfertigte innerhalb der Mitgliedsländer sowie bei der Kommission neue Forderungen nach einer Neubebelung der gemeinschaftlichen »Industriepolitik«.<sup>33</sup> Diese stand der westdeutschen Konzeption einer »Industriestrategie« gegenüber, die auf Achtung und Ausweitung des Wettbewerbs beruhte. Die 1980 von Étienne Davignon, dem Kommissar für den Binnenmarkt, angeregte »Gemeinschaftsstrategie« für die Industrie basierte auf gezielten Subventionen für die Stahlindustrie. Auf der Grundlage von Artikel 58 des EGKS-Vertrags erklärte der Rat den Zustand »einer offensichtlichen Krise« und ermächtigte die Kommission bis 1985 ein vorläufiges Quotensystem einzuführen. Für das BMWi liefen diese Entscheidungen den Interessen der Bundesrepublik zuwider, die sowohl der größte europäische Stahlproduzent als auch der mit den niedrigsten Subventionen war.<sup>34</sup> Der Bund hatte jedoch bis 1983 staatliche Beihilfen in Höhe von 23 Milliarden DM gewährt, was einem Anstieg von 19,8 % gegenüber 1979 entsprach.<sup>35</sup> Es wurden auch Verfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet, insbesondere wegen der Subventionen der Bundesländer, die höher als in Frankreich oder Großbritannien waren. Für das BMWi und das AA war daher der Kampf gegen den Interventionismus auf gemeinschaftlicher Ebene auch eine Gelegenheit, diesen wettbewerbsschädlichen Praktiken in der Bundesrepublik ein Ende zu setzen.

Ab 1981 forderte das BMWi die Kommission auf, die Einhaltung des Subventionskodexes insbesondere von Frankreich, Italien und Belgien durchzusetzen, was zu einer Vielzahl von Verfahren führte. Während Frankreich, Italien und Großbritannien die Durchsetzung der Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen Staaten und öffentlichen Unternehmen ablehnten,

33 Vgl. L. Warlouzet: *Governing Europe*, S. 99–135.

34 PA-AA, ZA 121.966, Europäischer Rat am 29./30. Juni 1981: *Stahlpolitik* – 25. Juni 1981.

35 BArch, B 102, 365910, Kommission der Europäischen Gemeinschaften: »Staatliche Interventionen im Unternehmenssektor in der Bundesrepublik Deutschland« – 13. November 1985.

unterstützte die Bundesrepublik die Kommission, indem sie ihr erstes Verfahren vor dem EuGH gegen andere Mitgliedstaaten einleitete.<sup>36</sup> Diese Verfahren zielten auch auf nationale Pläne ab, insbesondere den im Juni 1981 angekündigten zweiten Claes-Plan zur Umstrukturierung der belgischen Stahl- und Textilindustrie.<sup>37</sup> Angesichts der oft selektiven Unterstützung anderer Mitgliedstaaten wie Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark blieb die Bundesrepublik der Initiator und Hauptunterstützer der Subventionskontrolle. Auch hier verfolgte sie eine indirekte Strategie gegen Davignon, indem sie sich auf den Wettbewerbskommissar Frans Andriessen sowie auf den Direktor der GD IV Manfred Caspari, der früher Abteilungsleiter beim BMWi war, stützte. Bei der OECD leitete Tietmeyer zwischen 1979 und 1982 eine Sondergruppe »Positive Adjustment Policies«, die empfahl, die Politik zur Unterstützung von gefährdeten Unternehmen abzubauen und sie auf Innovation zu konzentrieren.<sup>38</sup>

Der Kampf gegen den Interventionismus trug auch dazu bei, dass die Fusionskontrolle allmählich Vorrang vor der Entwicklung von »europäischen Champions« erhielt. Gemeinsam mit Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark widersetzte sich die Bundesregierung der Schaffung gemeinschaftlicher »Champions«, da diese den allgemeinen Wettbewerb insbesondere auf Kosten der KMU verletzen würde.<sup>39</sup> Sie war nicht gegen die Entwicklung transnationaler marktkonformer Projekte, sondern gegen politische »Prestige«-Projekte wie z.B. die Concorde. Die EG sollte nicht das technologische Risiko übernehmen und Innovationen mit öffentlichem Kapital fördern, sondern durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs die Bedingungen für einen profitablen Markt schaffen.<sup>40</sup> Auch im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik wehrten sich das BMWi und das BMF gegen interventionistische

---

36 PA-AA, ZA 130.481, Mitteilung der Bundesregierung an die Kommission der EG – 25. Juni 1980.

37 BArch, B 102, 375364, Textilbeihilfen in Belgien – Treffen mit Präsident Thorn am 28.11.1981 – 27. November 1981.

38 Vgl. L. Warlouzet: Governing Europe, S. 164–165.

39 B 102, 301374, Sachpolitiken der Gemeinschaft – Dokument der deutschen Delegation – 12. September 1983.

40 Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi: »Strukturwandel für Wachstum und mehr Beschäftigung«, Gutachten vom 14. und 15. Dezember 1984.

Pläne bzw. eine Energiesteuer sowie einen Umweltfonds und befürworteten hingegen eine allgemeine Normenpolitik.<sup>41</sup>

Diese systematische Ablehnung des Interventionismus zugunsten einer Deregulierung, einer Stärkung des Wettbewerbs und einer Entwicklung des Kapitalmarkts stand somit im Gegensatz zu vielen Plänen der Kommission sowie zur Wirtschaftspolitik vieler Mitgliedstaaten, einschließlich Großbritanniens. Während ein Teil der Kommission, insbesondere Andriessen und Narjes, eine entscheidende Rolle bei der Liberalisierung der europäischen Industriestrategie spielte, trug die westdeutsche Unterstützung maßgeblich dazu bei, dass die Strategie konsequent auf den freien Markt ausgerichtet wurde.

\* \* \*

Angesichts des französischen Interventionismus und der britischen Ambiguitäten auf Gemeinschaftsebene in der ersten Hälfte der 1980er Jahre war die Rolle der westdeutschen *Wende* bei der liberalen Neubelebung des EG-Integrationsprozesses entscheidend. Zwar hatte sich auch die sozialliberale Koalition gegen interventionistische Optionen gewehrt, doch hatte ihre innenpolitische Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Ausgaben oder der Wettbewerbspolitik die diplomatische Position der Bundesrepublik geschwächt. Das AA war seinerseits durchaus bereit, Kompromisse mit diesen Optionen zu akzeptieren, um die europäische Integration voranzutreiben. Die diplomatische Konfrontation zwischen den Vorstellungen der französischen Sozialisten und den vom BMWi und BMF vertretenen ordoliberalen Prinzipien in den Jahren 1981–1984 stellte somit einen Wendepunkt sowohl für die französische Sparpolitik als auch für die westdeutsche diplomatische Strategie und die Neubelebung des Projekts eines europäischen Binnenmarkts dar. Diese Entwicklung führte 1982 zum allmählichen Abbau der Lohnindexierung in der EG und setzte sich bis zur Einführung des freien Kapitalverkehrs 1990 fort. Sie war nicht nur auf eine politische Bekehrung der französischen Eliten oder einen ideologischen Einfluss der britischen Liberalen zurückzuführen, die jeweils eher in der zweiten Hälfte der Dekade erfolgten, sondern auch auf eine offensivere diplomatische Strategie, die von Bonn ab 1982/83 im Rahmen der westdeutschen *Wende* festgelegt wurde. Diese aktualisierte den »Methodenstreit«, indem sie

---

<sup>41</sup> BArch, B 102, 301373, Überprüfung und Entwicklung finanzwirksamer Sachpolitiken der EG – 2. September 1983.

mit der von Schmidt definierten Logik des defensiven Kompromisses brach und zur Verbreitung der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der EG beitrug.

